

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Ausführung von Elektroarbeiten für eine didaktische Schulungswand Los 4

10.1 Preisermittlung

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Urkalkulation verschlossen zur Aufbewahrung dem Auftraggeber zu übergeben.

10.2 Werbung

Werbung im Sinne des § 4 Abs. 1 VOB/B auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

10.3 Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und § VOB/B)

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigung auf das vermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkung der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

10.4 Vertragssprache

Vertragssprache ist deutsch. Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, dass eine Kommunikation in deutscher Sprache mit den auf der Baustelle tätigen Personen möglich ist.

10.5

entfällt

10.6 Baustellenbesprechungen

Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber regelmäßig durchführt, einen geeigneten, bevollmächtigten Vertreter (Baustellenleiter) zu entsenden. Die Besprechungen finden jeweils einmal wöchentlich statt.

Die hierbei anfallenden Kosten kalkuliert der Auftragnehmer in seine Baustellengemeinkosten ein.

10.7 Verjährungsfrist für Mängelansprüche, Abnahme und Mängelrecht vor Abnahme

10.7.1

Als Verjährungsfrist für Mängelansprüche werden für die vertragliche Leistung fünf Jahre ab Abnahme vereinbart.

10.7.2

Der Auftraggeber verlangt die förmliche Abnahme. Der Auftraggeber kann jederzeit die Abnahme erklären. Etwaige Folgeansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt.

10.7.3

Abweichend von § 4 Abs. 7 VOB/B gilt Folgendes:

Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Hat der Auftragnehmer den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, so hat er auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Kommt der Auftragnehmer der Pflicht zur Beseitigung des Mangels innerhalb einer angemessenen Frist nicht nach und handelt es sich hierbei um einen wesentlichen Mangel im Sinne des § 12 Abs. 3 VOB/B, so kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels setzen und erklären, dass der Auftraggeber ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag ganz oder teilweise nach § 8 Abs. 3 VOB/B entziehen werde. Die Kosten der Mangelbeseitigung eines wesentlichen Mangels im Sinne des § 12 Abs. 3 VOB/B nach entsprechender Kündigung (Ersatzvornahme) hat dann der Auftraggeber zu tragen.

10.8 Geänderte und zusätzliche Leistungen / Nachtragsabwicklung

a)

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass der mit der Vertragserfüllung bezweckte Werkerfolg darin besteht, dass der Auftragnehmer die in diesem Vertrag näher beschriebenen Bauleistungen funktions- und abnahmefähig herstellt. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass es auch zu Änderungen des vereinbarten Werkerfolges kommen kann, z.B. weil sich die Rahmenbedingungen für die Errichtung des Bauvorhabens ändern.

b)

Dies vorausgeschickt wird vereinbart, dass der Auftraggeber berechtigt ist, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges zu begehren. Begehrt der Auftraggeber entsprechende Änderungen, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten. Der Auftragnehmer darf die Erstellung des Angebots und die Ausführung der durch den Auftraggeber begehrten Änderungen nur ablehnen, wenn sie ihm im Einzelfall unzumutbar sind. Macht der Auftragnehmer betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderungen geltend, trifft ihn die Beweislast dafür.

c)

Änderungen zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges sind dem Auftragnehmer immer zumutbar und umzusetzen.

d)

Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, Anordnungen zur Bauzeit zu treffen, insbesondere Beschleunigungsmaßnahmen anzuordnen, sofern der Betrieb des Auftragnehmers hierauf eingerichtet ist.

e)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich nach Eingang des Änderungsbegehrens des Auftraggebers ein Angebot über die Mehr- und Mindervergütung in schriftlicher Form zu übergeben. Das gilt auch, wenn die Angebotserstellung Planungsleistungen erfordert, sofern dem Auftragnehmer die

Erbringung von Planungsleistungen zumutbar ist, etwa weil sein Unternehmen auf die Bereitstellung entsprechender Planungsleistungen eingerichtet ist.

f)

Das vom Auftragnehmer unterbreitete Angebot muss nach den Regelungen über die Fortschreibung der Vergütung gemäß den nachfolgenden Bestimmungen ausgearbeitet und prüfbar aufgestellt sein (ordnungsgemäßes Angebot).

g)

Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an. Erzielen die Parteien keine Einigung über die Mehr- oder Mindervergütung, kann der Auftraggeber die Ausführung der Änderung anordnen. Eine Anordnung soll grundsätzlich erst nach Ablauf von 30 Tagen, gerechnet vom Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer, erfolgen. Der Auftragnehmer hat gleichwohl eine Anordnung des Auftraggebers vor Ablauf von 30 Tagen in folgenden Fällen zu befolgen:

- Bei Gefahr in Verzug.
- Wenn nach den konkreten Umständen davon auszugehen ist, dass eine Einigung über die auszuführende Leistung und deren Vergütung zustande gekommen oder endgültig gescheitert ist.
- Wenn das Interesse des Auftraggebers an der sofortigen Ausführung der mit der begehrten Anordnung verbundenen Leistung das Interesse des Auftragnehmers an der vorherigen Vereinbarung einer Vergütung eindeutig überwiegt.
- Wenn eine Bagatelländerung vorliegt, die nur einem unwesentlichen Teil der beauftragten Gesamtleistung entspricht und deren Auswirkung auf die vertragliche Vergütung anhand der Preisermittlungsgrundlagen unschwer festzustellen ist.

Die vorstehenden Grundsätze gelten auch im Hinblick auf Änderungsanordnungen zu Bauumständen oder der Bauzeit. Im Rahmen der Zumutbarkeit ist zu berücksichtigen, ob der Auftragnehmer die erforderlichen Kapazitäten bereitstellen oder beschaffen kann.

h)

Der Auftragnehmer hat binnen zwei Wochen nach Vertragsabschluss die Preisermittlung für die vertraglichen Leistungen als endgültige Kalkulation (fortan: „Auftragskalkulation“) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben, die gemäß § 650c Abs. 2 Satz 1 BGB bei dem Auftraggeber hinterlegt wird. Aus der vom Auftragnehmer zu übergebenden Auftragskalkulation für die vertraglichen Leistungen müssen für alle Teilleistungen, folgende Informationen hervorgehen:

- Ermittlung der Einzelkosten der Teilleistungen (EKT) getrennt nach Kostenarten (Lohn, Gerät, Material, etc.),
- Ermittlung der Baustellengemeinkosten (BGK) getrennt in zeitabhängige und fixe Anteile, soweit nicht in Positionen des Leistungsverzeichnisses enthalten.
- Ermittlung der allgemeinen Geschäftskosten (AGK),
- Ermittlung von Wagnis und Gewinn (WuG),
- Erläuterung der Berechnung evtl. Nachlässe.

Auch Nachunternehmerleistungen (gleich welcher Ebene) sind nach den vorstehenden Regelungen aufzuschlüsseln.

Der Auftraggeber ist vor der Hinterlegung berechtigt, die vom Auftragnehmer vorgelegte Auftragskalkulation auf Vollständigkeit, Plausibilität und Auftragsbezogenheit zu überprüfen, wobei der Auftragnehmer berechtigt ist, bei dieser Überprüfung anwesend zu sein. In diesem Fall ist die Kalkulation wieder ordnungsgemäß zu verschließen und bei dem Auftraggeber zu hinterlegen.

Soweit der Auftragnehmer eine unrichtige oder unvollständige Auftragskalkulation vorgelegt hat oder aus sonstigen Gründen die vom Auftragnehmer geltend gemachten Ansprüche nicht nach Maßgabe der Auftragskalkulation zu ermitteln sind, ist der Auftraggeber berechtigt, Preise für geänderte oder zusätzliche Leistungen sowie sonstige vertragliche Ansprüche wegen veränderter Umstände unter Berücksichtigung der Kosten der Nachunternehmer nach billigem Ermessen festzusetzen.

i)

Für die Ermittlung der Mehr- oder Mindervergütung infolge von Änderungen ist grundsätzlich auf die Auftragskalkulation abzustellen. Es wird vermutet, dass die auf der Basis der Auftragskalkulation fortgeschriebene Vergütung den mit der Änderung verbundenen vermehrten oder verminderten Aufwand in angemessener Form berücksichtigt. Beiden Parteien bleibt es vorbehalten, dazulegen und nachzuweisen, dass die nach diesen Regeln ermittelte Mehr- oder Mindervergütung nicht den tatsächlich erforderlichen Kosten entspricht. In diesem Fall wird der vermehrte oder verminderte Aufwand nach den tatsächlich erforderlichen (Mehr- oder Minder-)Kosten mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn ermittelt.

j)

Können sich die Vertragsparteien nicht über die Höhe der Mehrvergütung für eine ausgeführte Änderung einigen und macht der Auftragnehmer nach § 650 c Abs. 3 BGB als Abschlagszahlung einen Betrag von bis zu 80 % seines Angebotes geltend, ist der AG zur Zahlung dieses Betrages nur verpflichtet, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber Zug um Zug gegen Zahlung eine Überzahlungssicherheit in der Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Bank in entsprechender Höhe stellt.

k)

Meinungsverschiedenheiten der Parteien über die Höhe der Nachtragsvergütung berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Ausführung der Nachtragsleistung zu verweigern.

l)

Führt die Ausführung der geänderten oder zusätzlichen Leistungen zu einer Verlängerung der Ausführungsfristen, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf bereits in seinem Nachtragsangebot hinzuweisen.

10.9 Anordnung von Stundenlohnarbeiten

Mit der Ausführung der im Leistungsverzeichnis vorgesehenen Stundenlohnarbeiten ist erst nach schriftlicher Anordnung des Auftraggebers zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen wird bei der Anordnung festgelegt. Die Stundenlohnzettel sind werktäglich einzureichen.

10.10

entfällt

10.11 Nachunternehmer (andere Unternehmer) (§ 4 Abs. 8)

10.11.1

Der Auftragnehmer darf seine Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.

Er hat die Nachunternehmer bei Anforderungen eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen Auftrag unter Berücksichtigung des Vergaberechts handelt.

10.11.2

Der Auftragnehmer hat **vor** der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers in Textform dem Auftraggeber in Textform bekannt zu machen und eine Zustimmung einholen. Der Auftraggeber kann die Zustimmung auf einen Nachunternehmer nur aus wichtigem Grund verweigern.

10.11.3

Sollen Leistungen, die Nachunternehmer übertragen sind, weiter vergeben werden, ist dies dem Auftraggeber vom Auftragnehmer vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben; die Nummern 10.11.1 und 10.11.2 gelten entsprechend.

10.12

entfällt

10.13 Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird Kaiserslautern vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen und kein ausschließlicher Gerichtsstand eröffnet ist.

- Ende der weiteren besonderen Vertragsbedingungen -